GERMAN-FOREIGN-POLICY.COM
Informationen zur deutschen Außenpolitik : Nachrichten + Interviews + Analysen + Hintergrund

Auf Rechtskurs 12.10.2015

WIEN/BERLIN (Eigener Bericht) - Mit dem Wahlerfolg der ultrarechten FPÖ am gestrigen Sonntag in Wien schreitet der Aufstieg der äußersten Rechten in der deutsch dominierten EU voran. Die FPÖ hat mit 31 Prozent ihr bisher bestes Ergebnis in der österreichischen Hauptstadt erzielt und setzt damit ihre Erfolgsserie aus anderen Bundesländern fort. Rechtsaußen-Parteien erstarken in einer ganzen Reihe weiterer EU-Staaten. In Ungarn liegt die faschistische Jobbik bei 26 Prozent. In Frankreich würde Marine Le Pen (Front National), die einem aktuellen Gerichtsurteil zufolge Faschistin genannt werden darf, bei Präsidentenwahlen zur Zeit die erste Runde gewinnen. In Dänemark toleriert die ultrarechte Dansk Folkeparti die Regierung; die Parteigründerin, der das Oberste Gericht des Landes schon vor Jahren eine rassistische Haltung bescheinigt hat, amtiert als Parlamentspräsidentin. In Finnland entstammt der Außenminister, der gemeinsam mit seinen EU-Amtskollegen die Brüsseler Außenpolitik gestaltet, einer Rechtspartei, zu deren Abgeordneten ein Politiker mit engen Beziehungen zu einer Organisation gewalttätiger Neonazis zählt. Schritt für Schritt gewinnt die äußerste Rechte auch in der Bundesrepublik an Stärke. Die Alternative für Deutschland (AfD), deren nationalliberaler Flügel die Partei inzwischen wegen ihrer Rechtslastigkeit verlassen hat, käme bei Wahlen heute auf sieben Prozent. Ein Führungsfunktionär ruft öffentlich mit Blick auf einreisende Flüchtlinge dazu auf, "das Schicksal des deutschen Volkes, damit es ein deutsches Volk bleibt, aus den Händen dieser Bundeskanzlerin (zu) nehmen".

Bundesweit stärkste Partei

Die ultrarechte Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) hat bei den Wahlen in Wien am gestrigen Sonntag einen neuen Höchststand erreicht und ist mit 31 Prozent zweitstärkste Kraft in der österreichischen Hauptstadt geworden. Damit setzt sie die Serie ihrer jüngsten Wahlerfolge fort. Bereits am 31. Mai hatte die FPÖ bei den Landtagswahlen im Burgenland ihren Stimmenanteil von 9 auf 15 Prozent steigern können; seitdem regiert sie dort in einer Koalition mit der SPÖ (german-foreign-policy.com berichtete [1]). Am selben Tag hatte die Partei bei den Landtagswahlen in der Steiermark von 10,7 auf 26,8 Prozent zugewinnen können. Am 27. September hatte sie ihre Erfolgsserie fortgesetzt und ihr Ergebnis bei den Landtagswahlen in Oberösterreich auf 30,4 Prozent annähernd verdoppelt. In Wels, der zweitgrößten Stadt Oberösterreichs, stellt sie künftig den Oberbürgermeister. Umfragen sahen die FPÖ schon im Sommer bundesweit auf Platz eins; 39 Prozent der Österreicher befürworteten damals eine Regierungsbeteiligung der Partei auf Bundesebene.[2] Experten sehen die FPÖ weiter im Aufwind. Er rechne auch für die Zukunft mit neuen Zuwächsen und könne "keinen Dämpfer" erkennen, teilt der Politikwissenschaftler Peter Hajek mit.[3]

Bei jungen Menschen die Nummer eins

Das Erstarken der FPÖ ist in der deutsch dominierten EU keine Ausnahme. Tatsächlich haben in jüngster Zeit Kräfte der äußersten Rechten in einer ganzen Reihe von EU-Staaten weiter an Stärke gewonnen. Dies trifft unter anderem auf Ungarn zu. Während Ministerpräsident Viktor Orbán, dessen Fidesz-Partei gegenwärtig bei Wahlen auf rund 41 Prozent der Stimmen hoffen könnte, mit dem Bau von "Grenzzäunen" und dem brutalen Vorgehen der ungarischen Repressionsbehörden gegen Flüchtlinge bis hin zum Einsatz von Pfefferspray von sich reden macht, käme die faschistische Partei Jobbik zur Zeit laut Umfragen auf 26 Prozent. Jobbik konnte im April bei Nachwahlen für das ungarische Parlament in Tapolca unweit des Plattensees erstmals ein Direktmandat gewinnen. Der Partei ist es bereits im Oktober des vergangenen Jahres gelungen, bei den Kommunalwahlen in 17 der insgesamt 19 ungarischen Komitate zur zweitstärksten Kraft zu werden; zudem stellt sie in 13 Gemeinden den Bürgermeister. Umfragen identifizieren Jobbik immer wieder als die bei Unter-30-Jährigen beliebteste politische Formation. Die Partei führt jedes Jahr am 16. November öffentliche Gedenkfeiern zur Erinnerung an den Einzug von Miklós Horthy in Budapest durch. Nach seinem Einzug in die Hauptstadt transformierte Horthy Ungarn in einen faschistischen Staat.

In der ersten Runde vorn

Ungebrochen steigende Popularität genießen auch der französische Front National (FN) und insbesondere seine Vorsitzende Marine Le Pen. Fänden in diesen Tagen in Frankreich Präsidentenwahlen statt, würde Le Pen Umfragen zufolge die erste Wahlrunde gewinnen und mit einem Vorsprung in die Stichwahl einziehen. Bei den Regionalwahlen im Dezember sehen Meinungsforscher Le Pen, die für den FN in der Region Nord-Pas-de-Calais-Picardie kandidiert, sogar in der Stichwahl vorn - mit 39 Prozent vor dem Konservativen Xavier Bertrand (32 Prozent) und vor dem Kandidaten der Sozialistischen Partei (29 Prozent).[4] Einen Sieg für den FN bei den Regionalwahlen könnte laut Umfragen auch Marion Maréchal-Le Pen in der südfranzösischen Region Provence-Alpes-Côte d'Azur erzielen. Marine Le Pen, die gefordert hat, Flüchtlinge über das Mittelmeer nach Nordafrika zu deportieren, darf einem aktuellen Gerichtsurteil zufolge als Faschistin bezeichnet werden.[5]

"Unsere Zivilisation"

In zwei Staaten der nördlichen EU haben Rechtsaußen-Parteien bereits jetzt unmittelbaren Einfluss auf die Regierung. In Dänemark stützt sich eine Minderheitsregierung der rechtsliberalen Venstre auf die Dansk Folkeparti, die bei den Parlamentswahlen am 18. Juni mit 21,1 Prozent zur zweitstärksten Kraft geworden ist. Pia Kjærsgaard, Gründerin und langjährige Vorsitzende der Dansk Folkeparti, ist Anfang Juli zur Parlamentspräsidentin gewählt worden. Kjærsgaard hat vor einigen Jahren verlangt, die Nachfahren von Migranten müssten, sofern sie straffällig würden, "bis in die dritte Generation" abgeschoben werden.[6] Über den Islam erklärte sie: "Es gibt nur eine Zivilisation - unsere." Bereits im Jahr 2003 hatte das Oberste Gericht Dänemarks ihr ausdrücklich eine rassistische Haltung bescheinigt. Beobachter sind der Auffassung, die Dansk Folkeparti gebe mittlerweile auf einigen Politikfeldern die Richtung der Regierungspolitik vor, insbesondere beim Asylrecht. Dieses ist von der neuen Regierung bereits Anfang Juli verschärft worden und sieht eine drastische Kürzung der Leistungen für Flüchtlinge vor. Die Neuregelung werde Asylsuchende lediglich in die Armut treiben, warnt das Rote Kreuz.[7]

"Albtraum Multikulturalismus"

In Finnland wiederum ist die Rechtspartei "Die Finnen" Teil der Regierungskoalition. "Die Finnen" erzielten bei den Parlamentswahlen am 19. April 17,7 Prozent der Stimmen. Sie stellen vier Minister - für Justiz und Arbeit, für Soziales und Gesundheit, für Verteidigung und für Äußeres. Mehrere ihrer Parlamentsabgeordneten sind fest in andere Organisationen der äußersten Rechten eingebunden. Zumindest einer von ihnen kooperiert mit gewalttätigen Neonazis: Olli Immonen, der 2011 zum ersten Mal ins Parlament gewählt wurde, hat im Juni ein Foto publiziert, auf dem er gemeinsam mit Aktivisten der "Finnischen Widerstandsbewegung" vor dem Denkmal eines finnischen Nationalisten posiert. Die Finnische Widerstandsbewegung ist unter anderem für Messerattacken auf ihre Kritiker und für Reizgasangriffe auf Lesben und Schwule berüchtigt. Im Juli schlug ein Facebook-Posting Wellen, in dem Immonen unverhohlen äußerte: "Ich träume von einer starken, mutigen Nation, die diesen Albtraum mit Namen Multikulturalismus besiegt. Diese hässliche Blase, in der unsere Feinde leben, wird schon bald in eine Million von Einzelteilen zerplatzen."[8] Parteichef Timo Soini ist finnischer Außenminister und arbeitet im Kreis seiner EU-Amtskollegen an einer gemeinsamen EU-Flüchtlingsabwehr.

"Unzerstörbare Vaterlandsliebe"

Auch in Deutschland erstarkt inzwischen mit der Alternative für Deutschland (AfD) eine Rechtsaußenpartei. Die AfD kommt jetzt erstmals, seit sich der nationalliberale Flügel um Ex-AfD-Chef Bernd Lucke abgespalten hat, in Umfragen auf sieben Prozent. Meinungsforscher sehen die Ursache dafür in der Agitation gegen Flüchtlinge insbesondere in der CSU: "Die Attacken des Ministerpräsidenten Horst Seehofer gegen die Kanzlerin treiben Wähler am rechten Rand der CSU in hohem Maße der AfD zu", erklärt der Leiter des Umfrageinstituts Forsa, Manfred Güllner.[9] Die Zahl der Teilnehmer an den regelmäßigen AfD-Demonstrationen in Erfurt ist zuletzt auf 8.000 gestiegen. In seiner Rede auf der jüngsten Erfurter Demonstration erklärte der stellvertretende AfD-Bundessprecher Alexander Gauland: "Es wird Zeit, dass wir das Schicksal des deutschen Volkes, damit es ein deutsches Volk bleibt, aus den Händen dieser Bundeskanzlerin nehmen".[10] Der Organisator der Demonstrationen, Björn Höcke - AfD-Fraktionsvorsitzender im thüringischen Landtag -, will mit den Veranstaltungen eine "Massendynamik" auslösen, die spätestens im Frühjahr zu einer Großdemonstration vor dem Bundeskanzleramt führen soll. "Diese durchgeknallte, Deutschland abschaffende Kanzlerin muss weg", wird Höcke zitiert;

Deutschland benötige nun eine neue politische Elite mit "preußischem Dienstethos", die "eine unzerstörbare, ehrliche, reine Vaterlandsliebe in sich tragen" solle.[11] Die AfD findet mit ihren Positionen einen fruchtbaren Nährboden in der zunehmenden Agitation gegen Flüchtlinge (german-foreign-policy.com berichtete [12]).

[1] S. dazu **Tabubrüche** .
[2] FPÖ liegt im Bund laut Umfrage klar vor SPÖ und ÖVP. www.salzburg.com 06.06.2015.
[3] Experten sehen FPÖ "noch nicht am Limit". derstandard.at 12.10.2015.
[4] Régionales 2015: un sondage donne Marine Le Pen favorite en Nord-Pas-de-Calais-Picardie. www.rtl.fr 20.09.2015.
[5] Marine Le Pen darf Faschistin genannt werden. derstandard.at 07.10.2015.
[6] Kjærsgaard: Dänemarks "rassistische" Parlamentspräsidentin. diepresse.com 02.07.2015.
[7] Albrecht Breitschuh: Verschärfung des Asylrechts tritt in Kraft. www.deutschlandfunk.de 01.09.2015.
[8] Multikulturalismus: 15.000 auf Demo gegen "Wahre Finnen"-Sager. derstandard.at 29.07.2015.
[9] AfD steigt, Union sinkt. www.faz.net 07.10.2015.
[10] Andreas Speit: Toleranz für Rechtsextreme. www.taz.de 11.10.2015.
[11] Severin Weiland: Der Angstmacher von Erfurt. www.spiegel.de 07.10.2015.
[12] S. dazu **Von Analphabeten und Flutungen** .

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com